



---

---

## **Ausschuss für Bauen und Verkehr**

### **22. Sitzung (öffentlicher Teil)\*)**

11. Mai 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:10 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokollerstellung: Dr. Hildegard Müller, Günter Labes (Federführung)

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Dringliche Frage:**

1

von Oliver Keymis (GRÜNE) an den Minister für Bauen und Verkehr

*Wann legt die Landesregierung den Bericht über die Straßenzustandserfassung und -bewertung für die Landesstraßen in NRW dem Landtag vor?*

MDgt Ekhart Maatz (MBV) und Staatssekretär Günter Kozlowski (MBV) nehmen zu dieser Frage Stellung.

**2 Landesentwicklungsgesellschaft NRW**

2

Staatssekretär Günter Kozlowski (MBV) gibt einen Bericht und beantwortet Fragen aus den Reihen des Ausschusses.

---

\*) nichtöffentlicher Teil zu TOP 2 siehe nöAPr 14/37

**3 Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für das Land Nordrhein-Westfalen (2. AFWoG NRW)** 4

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/706

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Änderung des Fehlbelegungsrechts für das Land Nordrhein-Westfalen - Fehlbelegungsrechtsänderungsgesetz - (FehlÄndG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/795

Vorlagen 14/207 und 14/390

Stellungnahmen 14/399, 14/400 und 14/401

Ausschussprotokolle 14/101 und 14/127

*Hinweis: Die Abstimmungsergebnisse und der Text des von der SPD-Fraktion als Tischvorlage eingebrachten Antrages sind der Beschlussempfehlung und dem Bericht Drucksache 14/1884 zu entnehmen.*

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion wird mit den Stimmen von CDU, Grüne und FDP gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird in der Fassung des Änderungsantrages von CDU und FDP Vorlage 14/390 (Neudruck) mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

**4 Verfahren und Organisation der Bewilligung in der sozialen Wohnraumförderung künftigen Anforderungen anpassen** 11

Antrag der  
Fraktion der CDU und der  
Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1547

Zuschrift 14/496

Der Antrag Drucksache 14/1547 wird mit den Stimmen von CDU und FDP bei Stimmenthaltung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Landtag Nordrhein-Westfalen	III	APr 14/204
Ausschuss für Bauen und Verkehr		11.05.2006
22. Sitzung (öffentlicher Teil)		Is-be
		Seite

## 5 Integrierte Gesamtverkehrsplanung dem Landtag vorlegen

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 14/1113

13

In Verbindung damit:

### **Integrierte Gesamtverkehrsplanung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Vorlagen 14/383, 14/465 und 14/469 (Fragenkatalog von Abg. Keymis)

Ausschussprotokoll 14/183

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/1113 wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion „Rechtssicherheit schaffen - Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan vorlegen“ wird mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion „Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf einer Integrierten Gesamtverkehrsplanung NRW ist kein Beleg einer ideologiefreien Verkehrspolitik und macht Nachbesserungen erforderlich!“ wird in Ziffer 2 wie folgt umformuliert:

„bei den oben beispielhaft genannten Verkehrsprojekten den Voten der Regionalräte mit dem Zusatz zu folgen, dass bezüglich der L 82 (OU Köln-Porz-Zündorf) Stufe 1 (disponibel) und bezüglich der L 190 (OU Bornheim-Stechtem) Stufe 2\* vorzusehen ist.

Der so umformulierte Antrag wird mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.

Das Einvernehmen zur Vorlage der Landesregierung 14/383 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hergestellt.

## 6 Aktuelle Fragen und Zukunftsperspektiven der Deutschen Bahn AG

37

Ausschussprotokoll 14/157

Der Ausschuss verständigt sich über das weitere Vorgehen.

Seite

**7 Baustellenmanagement**

37

Vorlage 14/459

Der Ausschuss kommt überein, dieses Thema nach der Sommerpause erneut zu behandeln.

**8 Termine**

38

Der Ausschuss beschließt, eine Sitzung beim Flughafen Köln/Bonn durchzuführen. Der Termin wird noch festgelegt.

Der Ausschuss verständigt sich auf ein Gespräch mit Dr. Wiesheu (DB AG), das am Mittwoch, dem 20. September 2006, in Essen stattfinden soll.

Der Ausschuss legt fest, dass am Dienstag, dem 24. Oktober 2006, ein Hearing zum Antrag der Grünen „Kleinstaaterei beim Flughafenausbau stoppen“ durchzuführen.

Der Ausschuss kommt überein, am Donnerstag, dem 9. November 2006, eine auswärtige Sitzung beim Flughafen Paderborn/Lippstadt durchzuführen.

(Kein Diskussionsprotokoll)

\*\*\*\*\*

**Berichtigung des Protokolls über die 18. Sitzung vom 27.04.2006 APr 14/190**

38

\*\*\*\*\*